

AKTUELL

WASSERSCHUTZ AM STAUSEE

Blau-grüne Algen

Raymond Klein



Cyanobakterien-Kolonie. Nicht essen!

WIKIMEDIA / CHRISTIAN FISCHER / CC BY-SA 3.0

Kommt die Invasion der Cyanobakterien im Stausee der grünen Umweltministerin gelegen? Ist Wasserschutz unvereinbar mit Biolandwirtschaft? Berechtigte Fragen und komplizierte Antworten.

Ein „Weckruf“ der Natur sei die explosionsartige Vermehrung der Blaualgen im Stausee an der Obersauer, so Umweltministerin Carole Dieschbourg am Dienstag bei der Pressekonferenz über Wasserschutz und Cyanobakterien (wie die Blaualgen von den Wissenschaftler*innen genannt werden). Kritik an den neuen Schutzmaßnahmen um den See war zuvor auf RTL-Tele laut geworden. Da lag es nahe, die Invasion der giftigen Mikroorganismen als Argumentationshilfe zu benutzen.

„Wir müssen das Trinkwasser für 400.000 Menschen bewahren“, unterstrich der neue Staatssekretär im Umweltministerium Claude Turmes. Es könne nicht sein, dass einzelne Personen – gemeint waren die sich beklagenden Landwirt*innen – sich aus privatem Interesse dem Allgemeinwohl entgegenstellten. „Wenn alles gut wäre mit dem Wasserschutz, dann hätten wir keine Blaualgen“, so Turmes' Argumentation. Dieschbourg räumte ein, dass es sich um eine komplexe Materie handle und es viele Ursachen für die Vermehrung der Blaualgen gebe. Man habe auch schon viele Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel die Modernisierung der Kläranlagen. Doch die wichtigste Präventivmaßnahme ist in den Augen der Umweltministerin die Neuauflage der Wasserschutzzonen um den See.

Dieschbourg verweist auf das Pilotprojekt „Landwirtschaftliche Kooperation Uewersauer“ (LAKU), an dem über 70 Betriebe teilnehmen und wasserschutzkonforme Anbaumethoden ausprobieren. Besonders strenge Auflagen, insbesondere für organischen Dünger, gebe es nur in der Zone 2B, Das macht einen normalen Biolandbau tatsächlich unmöglich. „Dort liegen gerade mal 2,4 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im gesamten Schutzgebiet“, wiegelte die Ministerin ab. Das Problem: Viele Betriebe nehmen nicht an der LAKU teil – 40 Prozent der Areale im Schutzgebiet. Und die Flächen in der Zone

2B machen immerhin 160 Hektar aus, was ein paar Betriebe hart trifft.

„Wir bieten eine Beratung an“, so die Umweltministerin. Sie komme auch aus einem Unternehmen – neue Umweltauflagen seien auch eine Gelegenheit, die Wirtschaftsweise zu überdenken und eine neue Vision zu entwickeln. Und zählt ein paar umweltschonende Alternativen zur „Massenproduktion für den Export“ auf: Firnis (Vernis) auf Leinölbasis, Dämmstoff und Biomasse aus Miscanthus, Hanfprodukte ... Ob das die Landwirt*innen überzeugen wird?

Menschenschutz ist Naturschutz

Die Sauer sei ein natürlicher Lebensraum, so ein zusätzliches Argument von Dieschbourg. „Wenn das Ökosystem kippt, dann können wir den Stausee als Wasserreservoir und in seinen anderen Funktionen vergessen. Trinkwasserschutz ist Naturschutz.“ Was grundsätzlich richtig ist, konnte allerdings im Anschluss an die Ausführungen des Wasserexperten Christian Penny weniger überzeugen. Die Nährstoffe für die Blaualgen, Phosphor und Stickstoff, haben sich laut Penny seit der Anlage des Sees angesammelt. Ein besserer Schutz werde erst langfristig Wirkung zeigen. Penny versicherte auch, von den Cyanobakterien gehe derzeit keine Gefahr für die Trinkwasserversorgung aus.

Die Argumentation, man brauche dringend Wasserschutzaufgaben gegen die Blaualgen und für das Trinkwasser, ist ganz klar simplistisch und tendenziös. Die Eile der Ministerin und ihrer Partei hat, wie der Einsatz der CSV für die Landwirt*innen, mit dem Wahlkampf zu tun – und mit der Sorge, die Auflagen verbessern, sondern sie verwässern oder gar torpedieren. Eigentlich sind die Auflagen alleine schon deshalb notwendig, weil ein Stausee einen drastischen Eingriff in die Natur darstellt und als Ökosystem besonders verwundbar ist. Prävention ist nicht nur, wie das Ministerium unterstreicht, billiger als die immer aufwendigere Filterung des Trinkwassers, sie trägt auch zur Resilienz bei. Ernst machen mit dem Wasserschutz ist also richtig – nur wurde hier für eine gute Sache schlecht argumentiert.

SHORT NEWS

Schuld an der Hitzewelle? Verklage mich doch!

(lm) - Manager*innen, Lobbyist*innen und Minister*innen können weiterschlafen. Zwar haben die Hitzewelle und die damit einhergehenden Schäden mit dem von Menschen verursachten Klimawandel zu tun, doch die Kausalität zwischen den beiden Phänomenen ist probabilistisch. Eine von der Website BusinessGreen.com zitierte Studie schätzt, dass sich die Wahrscheinlichkeit für eine Hitzewelle dieser Art aufgrund der Erderwärmung verdoppelt hat. Diese Verbindung reicht vermutlich nicht, um Industrielle oder Politiker*innen dafür zu verklagen. Noch nicht. Dennoch, so BusinessGreen, führen die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu, Schuldzuweisungen zu ermöglichen für Ereignisse, die früher als „höhere Gewalt“ eingestuft wurden. Dies erhöhe den Druck auf wirtschaftliche Akteur*innen, Vorkehrungen gegen den Klimawandel und seine Folgen zu treffen, weil sie künftig mit substantiellen Schadensersatzklagen rechnen müssen. Laut Friederike Otto, eine der Autor*innen der Studie, sind die Unterschiede zwischen wissenschaftlicher und juristischer Argumentation nicht unüberbrückbar – es reiche, ein Standardprotokoll zu entwickeln, wie man die Auswirkungen des Klimawandels mit bestimmten Ursachen assoziiert.

Psychiatrie: Immer mehr Kinder in Behandlung

(tj) - Die Zahl der Kinder, die aus psychischen Gründen medizinisch oder medikamentös behandelt werden, steigt von Jahr zu Jahr. Dies geht aus der Antwort von Gesundheitsministerin Lydia Mutsch, Bildungsminister Claude Meisch und dem Minister für Soziale Sicherheit Romain Schneider auf eine parlamentarische Anfrage vom ADR-Abgeordneten Fernand Kartheiser hervor. Dieser hatte sich danach erkundigt, wie viele Menschen sich zurzeit in psychiatrischer oder psychologischer Behandlung befinden. In ihrer Antwort beziehen sich die zuständigen Minister auf zum Teil vorläufiges Zahlenmaterial der CNS. Auf psychologische Behandlungen gehen sie nicht ein, da diese nicht von der Krankenkasse rückerstattet werden. Im Jahr 2017 wurden 5.591 Menschen unter 20 Jahren medizinisch oder medikamentös behandelt. Diese Zahl ist im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren deutlich angestiegen. Besonders auffällig: Bei Kindern unter zehn Jahren hat sich die Zahl innerhalb der letzten zwei Jahren fast verdoppelt (von 653 auf 1203). Bei den über 20-Jährigen zeichnet sich dagegen ein gegenteiliger Trend ab: Wurden 2016 noch 105.701 Menschen behandelt, so sank die Zahl im folgenden Jahr auf 104.078. In der Antwort heißt es weiter, dass weder repräsentative Analysen noch Ursachenforschung bezüglich dieser Entwicklungen durchgeführt werden oder vorgesehen sind.

woxx@home

Initiation politico-gastronomique

Faire un stage au woxx était une chance singulière. Après tout, il s'agit de l'hebdomadaire avec lequel j'ai pour ainsi dire appris à lire. J'étais donc curieux de voir comment il est produit. Durant mes quatre semaines de stage, j'ai d'abord rédigé deux articles pour l'« online-woxx ». Surtout, primovotant moi-même, j'ai écrit le Thema de cette semaine sur les jeunes électeurs. J'ai aussi pu assister à trois conférences de presse présentant le bilan parlementaire, une expérience fort éclairante sur les goûts culinaires des partis de la gauche luxembourgeoise. Entre ces excursions politico-gastronomiques, j'ai été initié aux secrets de la presse écrite. J'ai même assisté à une émission « Am Bistro mat der woxx » sur Radio Ara et j'y retourne ce vendredi. Je m'estime heureux que les nombreux chiens de la rédaction ne m'aient pas dévoré. Et les rédacteurs non plus, alors que, lors de ma « Heftkritik », j'ai passé en revue le numéro de la semaine précédente et n'ai lésiné ni sur les louanges ni sur les critiques.

Eric Kettmann